

IOW-Pressemitteilung vom 20. Februar 2013

HELCOM Workshop in Warnemünde: Experten einigen sich auf Positionspapier zu den Folgen des Klimawandels in der Ostsee.

Am 5. und 6. Februar 2013 kamen in Warnemünde rund 50 Experten zusammen, um auf Einladung der Helsinki Kommission (HELCOM) und des Forschungsprogramms „Baltic Sea Experiment“ (BALTEX) über dringend notwendige Anpassungen des Baltic Sea Action Plans zu beraten, dessen Umsetzung bis zum Jahr 2021 einen guten ökologischen Status der Ostsee wiederherstellen soll.

Bitte beachten Sie dazu auch unsere Pressemitteilung vom 05.02.2013.

„Die Folgen des Klimawandels für die Ostsee werden im Baltic Sea Action Plan in seiner jetzigen Fassung nicht ausreichend berücksichtigt und müssen dringend in den Maßnahmenkatalog integriert werden“, sagt Ulrich Bathmann, Direktor des Leibniz-Instituts für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) und Gastgeber des Workshops. „HELCOM als Bindeglied zwischen Wissenschaft und Politik hat diese Notwendigkeit erkannt und entsprechend gehandelt.“

Im Rahmen des Workshops diskutierten die 50 Experten aus allen Ostseeanrainerstaaten, darunter Wissenschaftler, Vertreter von HELCOM und BALTEX sowie Experten aus der Politik, von zuständigen Behörden und Umweltschutzorganisationen, aktuelle Forschungsergebnisse und deren Konsequenzen für die Umsetzung des Aktionsplans. Am Abschlusstag einigten sich die Teilnehmer schließlich auf ein Positionspapier mit Handlungsempfehlungen, das HELCOM den Umweltministern der Ostseestaaten bei einem Treffen Anfang Oktober in Kopenhagen vorlegen wird.

Im Folgenden sind die wichtigsten Forderungen aus dem Positionspapier aufgeführt.

1. Der Klimawandel dämpft die positiven Auswirkungen der im Baltic Sea Action Plan umgesetzten Maßnahmen. Deshalb sollten vor allem die vorgesehenen Reduktionsziele für den Nährstoffeintrag verschärft werden, um zum Beispiel eine weitere Ausbreitung anoxischer Zonen zu verhindern.
2. Die Auswirkungen des Klimawandels üben auch einen zusätzlichen Druck auf die Biodiversität der Ostsee aus. Deshalb sollte der ohnehin schon von Menschen auf die Artenvielfalt ausgeübte Druck deutlich reduziert werden: unter anderem der Eintrag von giftigen Substanzen wie PBT und Pestiziden, der

Jagd- und Fischereidruck, der Beifang von Meeressäugern und Seevögeln in der Fischerei, der Unterwasserlärm und schwerpunktmäßig der Nährstoffeintrag.

3. Die Erwärmung der Ostsee schafft neue „ökologische Nischen“ für gebietsfremde, einwandernde Arten. Monitoringprogramme sollten als eine Art Frühwarnsystem aufgebaut werden, vor allem dabei in Häfen und in der Nähe von Aquakulturbetrieben, wo ein besonders hohes Risiko für die Einwanderung sogenannter „Alien Species“ besteht.
4. Die Ozeane nehmen rund ein Viertel des durch menschliche Aktivitäten freigesetzten CO₂ auf. Die daraus folgende Versauerung des Wassers und deren Konsequenzen für marine Organismen sind in der Ostsee kaum untersucht und müssen künftig in den Forschungsprogrammen stärker berücksichtigt werden.

„Der Workshop hat erneut gezeigt, wie wichtig die internationale Abstimmung im Ostseebereich ist, um einen guten ökologischen Gewässerzustand zu erreichen“, sagt IOW-Direktor Bathmann. „Die Zusammenarbeit von Wissenschaft mit der Politik auf allen Ebenen wird dabei immer wichtiger.“

Kontakt:

Dr. Barbara Hentzsch, Öffentlichkeitsarbeit, IOW
(Tel.: 0381 / 5197 102, Email: barbara.hentzsch@io-warnemuende.de)

Nils Ehrenberg, Öffentlichkeitsarbeit, IOW
(Tel.: 0381 / 5197 106, Email: nil.ehrenberg@io-warnemuende.de)

Das IOW ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, zu der zurzeit 86 Forschungsinstitute und wissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen für die Forschung gehören. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Bund und Länder fördern die Institute gemeinsam. Insgesamt beschäftigen die Leibniz-Institute etwa 16.800 MitarbeiterInnen, davon sind ca. 7.800 WissenschaftlerInnen, davon wiederum 3.300 NachwuchswissenschaftlerInnen. Der Gesamtetat der Institute liegt bei mehr als 1,4 Mrd. Euro, die Drittmittel betragen etwa 330 Mio. Euro pro Jahr. (www.leibniz-gemeinschaft.de)